

**Blog: Diskussion über den OTB/Bremische Wirtschafts- und Innovationspolitik/Erste Version 11/2015 und überarbeitete Version 3/2016/Eine Kurzfassung der ersten Version ist Anfang Dezember 2015 im Weser-Kurier erschienen**

*Geht es um einen Hafen oder um die industrielle Zukunft von Bremerhaven?*

**Karl Wohlmuth, Universität Bremen**

Immer wieder bietet der geplante Bau des Offshore-Terminals Bremerhaven (OTB) Anlass für Leserbriefe besorgter Bürger und für Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern des Vorhabens. Die meisten Wirtschaftswissenschaftler im Land Bremen und zahlreiche Hafenexperten haben sich skeptisch zu dem Projekt geäußert und warnen vor einer Fehlinvestition. Die Argumente: das Vorhaben sei nicht solide finanziert; der Bau erfolge angesichts der Konkurrenzprojekte viel zu spät; und nach der Entscheidung von Siemens für den Bau einer Windturbinenfabrik in Cuxhaven und angesichts der relativ geringen Produktionskapazität für große Windkraft-Komponenten in Bremerhaven sei der OTB auch langfristig bis 2030 nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben. Auch diverse Umweltschutzorganisationen und einige mittelständische Unternehmervverbände haben sich kritisch geäußert, aus Sorge um die Umwelt und aus Sorge vor dem Versiegen von Fördermitteln für kleine und mittelgroße Firmen.

Diesen kritischen Stimmen steht allerdings eine mächtige Lobby der Windkraftindustrie gegenüber, die auch in der Bürgerschaft sehr stark vertreten ist und exzellente Verbindungen zur Bauwirtschaft hat. Diese Lobby nutzt geschickt die Sorge der Bremerhavener Politikeliten, bei der Verteilung der Finanzmittel des Landes Bremen grundsätzlich immer benachteiligt zu werden. Anlässlich der Regierungsbildung nach den Wahlen im Mai 2015 gab es wohl heftige koalitionsinterne Auseinandersetzungen über das Projekt, doch wurde nach nochmaliger Begutachtung der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

grünes Licht gegeben. Die nochmalige Begutachtung des Vorhabens auf Kosten der Steuerzahler führt zu der Frage, ob nicht schon das ursprüngliche Gutachten ausreichend auf die pessimistischen Szenarien über den OTB hätte eingehen müssen. Die angekündigte Klage vom BUND bietet nun die große Chance, alles nochmals zu überdenken. Dieser Zeitgewinn sollte genutzt werden, insbesondere vom Wirtschaftssenator und von der Handelskammer, die das Projekt stützen, um Alternativen zu dem Projekt zu entwickeln. Aber auch die Senatskanzlei ist in dieser Lage gefordert.

Das böse Wort vom OTB als Geschenk an Bremerhaven macht schon lange die Runde. Motto: „Wir können doch Bremerhaven nicht wegnehmen, was wir schon mal zugesagt hatten“. Diese Tabuisierung der Grundlagen einer wichtigen Entscheidung kann für das Land Bremen aber fatale Folgen haben. Bremerhaven benötigt kein Geschenk in Form des OTB, sondern Unterstützung für sorgfältig erarbeitete zukunftsfähige industrielle Strategien. Tatsächlich hat Bremerhaven mit dem Aufbau des Windenergieclusters Weitsicht in der industriellen Entwicklung gezeigt, doch auch ohne den OTB kann das Cluster in vielen Bereichen weiter entwickelt werden. Von der EU und der OECD wurde der Aufbau des Clusters in Bremerhaven als „intelligente Spezialisierung“ gelobt. Allerdings müssen auch die Grenzen einer „intelligenten Spezialisierung“ reflektiert werden. Dies zeigen viele Studien, die von EU und OECD zu diesem Thema veranlasst wurden. Erfolge stellen sich ein, wenn Cluster im Kontext einer Gesamtstrategie der industriellen Entwicklung gefördert werden.

Innerhalb von wenigen Jahren ist es gelungen, die traditionellen industriellen Stärken im Schiff- und Maschinenbau für die Windkraftindustrie nutzbar zu machen (die Achse 1 des intelligenten Wachstums). Darüber hinaus ist es in Bremerhaven gelungen, die Stärken bei den Schlüsseltechnologien (Meereswissenschaften, Materialwissenschaften, Energieforschung, Informatik, Logistik) auszubauen, so durch Hochschulen und ein Fraunhofer-Institut (die Achse 2 des intelligenten Wachstums). Zudem hat Bremerhaven ein wichtiges Zukunftsthema besetzt, die Wende hin zu erneuerbaren Technologien (die Achse 3 des intelligenten Wachstums). Diese durchaus positiven Entwicklungen dürfen aber nicht darüber hinweg

täuschen, dass intelligentes Wachstum nicht nur Spezialisierung, sondern auch Vielfalt erfordert.

Es ist riskant, alle noch vorhandenen bzw. gerade noch mobilisierbaren Mittel des Landes Bremen und der Stadt Bremerhaven für das Cluster Windenergie zu binden. Intelligentes Wachstum entlang der drei genannten Achsen setzt Vielfalt voraus. Das heißt, dass Bremerhaven im Rahmen des Drei-Achsen-Modells der „intelligenten Spezialisierung“ Mittel vorhalten muss, um auch andere Industriezweige zu fördern. Daraus werden dann große und kleine „Diamanten“ der Spezialisierung. Immerhin weist ja die Innovationsstrategie des Landes Bremen drei Cluster und zwölf Kompetenzfelder aus. Bremerhaven kann in mehreren Kompetenzfeldern punkten, so auch in der Umweltwirtschaft, der Gesundheitswirtschaft, bei Lebens- und Genussmitteln, im Maschinenbau, in der Kreativwirtschaft, IKT, etc. Unternehmen in diesen und in anderen Bereichen können gezielt gefördert werden. Dafür müssen Mittel im Rahmen der Kleinförderung bereitgehalten werden; aber auch gezielte infrastrukturelle Maßnahmen für diese Bereiche müssen finanzierbar bleiben. Bremerhaven ist eben nicht mit einem „Geschenk“ in Form des OTB geholfen, sondern vor allem mit Investitionsmitteln für innovative kleine und mittelgroße Unternehmen, um so die industrielle Vielfalt zu stärken.

In der Tat ist die Finanzierungsseite beim OTB-Projekt entscheidend. Es geht dabei nicht nur um die berechtigte Sorge vieler Ökonomen, dass aus den Baukosten von 180 - 200 Millionen Euro schließlich 220 - 240 Millionen werden könnten. Die Chronik der in Bremen gescheiterten Projekte ist ja lang. Es geht auch nicht nur um die Art der geplanten Finanzierung des OTB über noch nicht realisierte Gewinne. Vor allem darf durch das Projekt nicht die Kleinförderung für innovative Unternehmen der drei Cluster und der zwölf Kompetenzfelder beeinträchtigt werden. Die Ansage, dass auch interne Mittel des Wirtschaftssenators für die Finanzierung genutzt werden, muss Besorgnis hervorrufen. Dies wäre fatal, da Bremen ein hohes Defizit an innovativen kleinen und mittelgroßen Unternehmen aufweist. Der Handlungsspielraum des Landes Bremen für eine zukunftsorientierte industrielle Entwicklung und Innovationsförderung

darf nicht weiter eingeschränkt werden. So kann Bremerhaven durch einen Innovationsfonds zur Förderung der industriellen Vielfalt sicherlich mehr erreichen als durch das riskante OTB-Projekt. Erst kürzlich hat der Princeton-Ökonom Dani Rodrik solche Innovationsfonds vorgeschlagen, die von unabhängigen Zukunftsräten geleitet werden und Projektmittel für innovative Unternehmen zur Verfügung stellen. Mit einem solchen Fond kann Bremerhaven Unternehmen zukunftsfähig machen und gezielte Innovationsprojekte fördern. Allerdings müsste dieser Fonds auch tatsächlich für Bremerhaven ausgewiesen werden. In solche Zukunftsräte sollten Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker berufen werden, doch könnten viertens auch andere zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt werden.

Der OTB stellt für das Land Bremen hohe Risiken dar, weil zukunftsfähige Alternativen unmöglich gemacht werden. Im letzten Jahr sind zwei für Bremen wichtige Innovationsstudien erschienen. Das renommierte RWI hat im Auftrag der Handelskammer Bremen in der Studie „Strategische Optionen Für Eine Neuausrichtung Der Innovationspolitik in Bremen“ dargelegt, dass die Unternehmen in Bremen mit den Forschungs- und Ausbildungsinstitutionen unzureichend vernetzt sind; der Wissens- und Technologietransfer funktioniert nicht optimal zwischen den Forschungsinstitutionen und den Unternehmen; dies betrifft besonders die kleinen und mittelgroßen Unternehmen. Auch die Zahl der Neugründungen von Unternehmen lässt in Bremen zu wünschen übrig (trotz einer großen Förderinfrastruktur mit zahlreichen Akteuren), und auch da kann die Verbindung zur Forschung nur besser werden. Die Unternehmen in Bremen ziehen offensichtlich zu wenig Nutzen aus der exzellenten Forschungsinfrastruktur; das Defizit an innovativen Unternehmen wird eher größer. Leider waren bei der Präsentation des RWI-Berichtes wohl Unternehmer und Wissenschaftler anwesend, nicht aber die Vertreter von Politik und Verwaltung. Die Studie des HWWI Bremen und des ITD der Hochschule Bremen über „Impulse für die Innovationspolitik im Land Bremen“ hat hingegen aufgezeigt, dass eine Neuorientierung der bremischen Innovationspolitik dringend erforderlich ist, um die Arbeitsmarkt- und Budgetprobleme des Landes zu entschärfen. Bei einer Podiumsdiskussion im April 2015

vor der Wahl in Bremen haben die Politiker wohl zugesagt, diese Thesen all diese Vorschläge ernsthaft zu prüfen, doch nach der Wahl wurde einfach weiter gemacht wie bisher. Die Entscheidung für den OTB zeigte dies deutlich.

Das Land Bremen benötigt einen umfassenden Plan für Innovation und Wirtschaftsförderung, um die Lücke bei den innovativen Unternehmen auf lange Sicht zu schließen. Neue Ansätze in der Wirtschafts- und Innovationsförderung sind notwendig, denn trotz einer stattlichen Zahl von 350 Mitarbeiter/-innen und einem Etat von etwa 50 Millionen Euro ist die Wirtschaftsförderung Bremen nicht zukunftsorientiert aufgestellt (trotz der Hinweise in den Jahresberichten, dass viele Kontakte und Beratungsgespräche mit Firmen durchgeführt werden). Es gibt viele Pläne und Programme, viele Ideen und Ansätze, viele Institutionen und Plattformen, doch die Grundlagen eines intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstums werden trotz einer Vielzahl von Programmen der Wirtschafts- und Innovationsförderung dadurch nicht geschaffen. Die Lektüre der zwölf wichtigsten Einzelprogramme zeigt, dass unterschiedliche Ansätze in methodischer Hinsicht und bei der Finanzierung der Programme zu Abstimmungsproblemen zwischen den Senatsressorts führen.

All diese Fragen sollten auf den Tisch, bevor Mittel für den OTB endgültig gebunden werden. Das Windenergiecluster in Bremerhaven und in Bremen kann auch ohne Schwerlasthafen weiter entwickelt werden, weil die Produktion von Komponenten, Service- und Logistikleistungen, Softwarelösungen und Forschungsleistungen ohnehin den wesentlichen Kern des Clusters bilden. Es ist entscheidend, dass Bremen nicht durch den Bau des OTB seine Handlungsspielräume für eine neue Innovations- und Wirtschaftsförderungspolitik verliert. Es sind auch dringend all die Bereiche der bremischen Innovationspolitik anzugehen, die bisher vernachlässigt wurden (Vernetzung von Forschungsinstituten und Unternehmen; Innovationen im öffentlichen Sektor und bei den landeseigenen Gesellschaften; Innovationen für Handwerk, IT, Tourismus und Einzelhandel; Offensive der Digitalisierung und Produktion 4.0; Aufbau neuer Wertschöpfungsketten durch innovative

Unternehmen; Reform der Wirtschaftsförderung von Bremen und Bremerhaven; Konzepte für stadtteilbezogene Innovationen und Grundlagen der Wirtschaftsförderung; neue Konzepte für die Innovationsfinanzierung über alle Firmengrößen hinweg; neue Konzepte für die Gründung von innovativen Unternehmen; Einrichtung von Zukunftsräten für Innovation und Wirtschaftsförderung und von Innovationsfonds; etc.).